

Annoncen-Bureau:  
Dr. Pozen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmitz. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streissand,  
in Breslau bei Emil Habath.

Nr. 383.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Pozen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

# Poener Zeitung.

Neunundsechziger Jahrgang.

Sonnabend, 3. Juni  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 fl. die zehn geprägten Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr nachmittags angenommen.

1876.

## Erscheinen der Zeitung.

**Am ersten Pfingstfeiertage erscheint keine Zeitung, weil die Ausgabestellen geschlossen sind. Unsere letzte Hauptnummer vor dem Feste erscheint heute Abend um 7½ Uhr und ist sowohl in der Expedition, als auch bei den Distributionsstellen in Empfang zu nehmen. Inserate für diese Nummer werden bis 2 Uhr Nachmittags angenommen. Die kleine Abendausgabe fällt heute weg. Die nächste Nummer nach dem Feste erscheint Dienstag den 6. Juni Mittags.**

## Amtliches.

Berlin, 2. Juni. Der König hat den bish. Oberlehrer an der Musterschule zu Frankfurt a. M., Dr. Johannes Nein zum ordentl. Prof. in der phil. Fakultät der Universität Marburg ernannt, dem Staatsanwalt-Gehilfen Philippi zu Königsberg in Pr. den Charakter als Staatsanwalt, sowie dem Notar Dr. jur. Brüggemann in Osnabrück den Charakter als Justizrat verliehen; den seith. Bürgermeister von Mühlheim a. Rhein, Viktor Kaiser, infolge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu München-Gladbach getroffenen Wahl, als Bürgermeister der Stadt München-Gladbach auf die gesetzliche Amts dauer von zwölf Jahren, und den Stadtr. Dr. Schweineberg zu Mühlhausen, zufolge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl, als unbefohlene Beigeordneten der Stadt Mühlhausen für eine fernere weite sechsjährige Amts dauer bestätigt.

Der großherz. badische Baupraktikant Nettig ist als Lokal-Baubeamter der Militärverwaltung in Meß angestellt worden.

Der Baumeister Kühlze und der großherzgl. mecklenb. Distrikts-Baukondukteur a. D. Held, Lokal-Baubeamte der Militärverwaltung in Altona, resp. Stettin, sind zu l. Landbaumeistern ernannt, dem Vorsteher und ersten Lehrer an der Provinzial-Taubstummen-Anstalt zu Schneidemühl, Friedrich August Neimer ist der Titel "Direktor" beigetragen, der jetzige Kreis-Baurat Dr. Landsberg zu Röbnit ist zum Kreis-Physikus des Kreises Adelnau ernannt worden.

Die Reg.-Assess. Louis Hoyer, Walter Brecht, Alexander Göble und Hermann Graaf sind zu Mitgliedern der königl. Eisenbahn-Direktionen bzw. zu Elberfeld, Wiesbaden, Hannover und Frankfurt a. M. ernannt und der z. Göble zugleich mit den Funktionen des administrativen Mitgliedes der königl. Eisenbahn-Kommission zu Harburg bestaut worden.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 2. Juni.

— Der Kaiser und König hat gestern Nachmittag um 2 Uhr dem großherz. hess. Staatsminister Hofmann eine Privataudienz ertheilt und aus dessen Händen ein Schreiben des Großherzogs von Hessen und bei Rhein entgegengenommen, wodurch derselbe von dem bisher innegehabten Posten eines außerord. Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei Sr. Majestät abberufen wird. — Ueber die Reise des Kaisers und Königs nach Ems sind nach dem "Staatsan." folgende Bestimmungen getroffen worden:

Se. Majestät wird Berlin am Mittwoch, den 7. Juni, Abends 9½ Uhr, auf dem Potsdamer Bahnhof verlassen, um 11 Uhr 50 Minuten in Magdeburg, Donnerstag, den 8. Juni, früh 1 Uhr 13 Minuten in Börssum, um 2 Uhr 16 Minuten in Kreiensen, um 4 Uhr 20 Minuten in Kassel und um 6½ Uhr in Gießen eintreffen. Nach eingenommenem Kaffee wird die Reise um 7 Uhr 55 Minuten fortgesetzt und der Ankunft Sr. Majestät in Ems Vormittags 10 Uhr entgegengesehen. Empfang und Begleitung finden auf dieser Reise nicht statt.

Nach einem Erlass des Ministers der geistlichen Angelegenheiten können diejenigen Geistlichen, welche kein Ephorialamt bekleiden, einen Erfas an Porto auslagen für amtliche Schreiben aus der Staatskasse nicht erhalten. Das Konistorium der Provinz Pozen empfiehlt daher den Geistlichen, diejenigen Portoauslagen, welche in Folge der neueren Zivilstandsgesetzgebung entstehen, z. B. für die Mittheilung vollzogener Trauungen an den Parochus des ersten ehelichen Wohnsitzes, den zur Zahlung der Stolgebühren Verpflichteten mit in Rechnung zu stellen. Briefliche Mittheilungen dagegen, welche einzelnen Parochianen nicht in Rechnung gestellt werden können, müssen künftig durch Vermittelung der Superintendenten erfolgen.

Nach einer Verfügung des Justizministers sind die Geistlichen nicht verpflichtet, in Untersuchungsfällen kirchliche Zeugnisse, zu deren Aussstellung dieselben von den strafgerichtlichen Behörden (Gericht, Staatsanwälte und Polizeianwälte) veranlaßt werden, unentgeltlich zu ertheilen.

**Gardelegen, 31. Mai.** Eine von Amtsvertretern und Schulzen nach Kallehne berufene Versammlung hatte an den Kultusminister Dr. Falz gegen die Einführung des Unterrichts in weiblichen Handarbeiten ein Schriftstück gerichtet, auf welches die Antwort bereits erfolgt ist. Diese ist durch die königliche Regierung sämtlichen Kreis-Schulinspektoren mitgetheilt und lautet also:

"Auf die Vorstellung d. d. Kallehne, den 5. April c. gereicht Ihnen und den übrigen Mitunterzeichnern derselben zum Bescheide,

dass ich mich durch die Anführungen in derselben nicht veranlaßt finde kann, von der Einführung des Unterrichts in weiblichen Handarbeiten, der für alle Volksschulen obligatorisch ist, in den vier Alt-märkischen Kreisen abzusehen. Es ist nicht verständlich, wie der fragliche Unterricht, wenn er in der Schule ertheilt wird, von Nachtheiten begleitet sein soll, die bei der häuslichen Unterweisung ausbleiben.

**Aus Thüringen.** 30. Mai. Im Kreisgefängniß zu Zeitz verbüßt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wahlreich eine vergangenem Mittwoch eine ihm vom Kreisgerichte zu Altona wegen Bekleidung des Fürsten Bismarck zuerkannte Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

**Frankfurt a. M.**, 30. Mai. Einer zahlreichen, von Mitgliedern der verschiedensten Parteirichtungen besuchten Bürgerversammlung wurde gestern eine an den Minister des Innern zu richtende Petition vorgelegt. Dieselbe erinnert zuerst daran, daß der Minister eine Meinungsäußerung Frankfurts über die Stadtordnung gewünscht habe, und wie sich diese ganz direkt und in ganz einweidiger Weise gegen die Einführung jeder auf dem Dreiklassenwahl system beruhenden Städteordnung, mithin auch gegen die von dem Minister unter dem 9. März im Abgeordnetenhaus gemachtte Vorlage nachdrücklich ausgesprochen habe. Es sei völlig unbestreitbar, daß die dem Abgeordnetenhaus übermittelten Kundgebungen der Stadtverordneten und der verschiedenen öffentlichen Versammlungen die Ansicht der Mehrheit der Bürgerschaft Frankfurts repräsentire, während eine öffentliche Erklärung zu Gunsten des Dreiklassenwahl systems nicht bekannt geworden sei. Wenn der Minister dieser einmütigen Ansicht der Bürgerschaft Frankfurts gegenüber in der Sitzung vom 26. d. M. der Ansicht Ausdruck verliehen, daß das gegenwärtige Wahlsystem in Frankfurt nachtheilig wirke, und die städtische Vertretung, wie sie jetzt auf Grundlage dieser Wahlart existire, nicht fungire, wie Diejenigen, "die sich für Frankfurts Wohlergehen interessiren", es wünschen, so fühlen sich die Unterzeichneten gedrungen, gegen diese Behauptung in entschiedener Weise Bewahrung einzulegen. Die frankfurter Bürgerschaft habe seit einer Reihe von Jahren durch ihre Wahlen und durch die erwähnten Kundgebungen eine Meinung bestätigt, die mit der von dem Minister geführten, auf das Urteil unbekannter, von ihm als intelligente wohlwollende und an der Kommunalverwaltung Mitarbeitende Leute bezeichneten Personen gestützte Ansichtswise im unvereinbarsten Widerspruch steht. Wen in Wirklichkeit die Grundätze der Selbstverwaltung in unserem kommunalen Leben Platz greifen sollen — und es sei dies der ausgesprochene Wunsch des Ministers — so dürfe nicht die Ansicht einer verschwindenden Minorität den Ausschlag geben. Diese Mehrheit sei, wie die Wahlen und Kundgebungen beweisen, mit den Wirkungen des seither bestehenden gleichen Wahlrechts um so mehr völlig einverstanden, als sie aus eigener Kenntnis und Wahrnehmung die feste Überzeugung zu erlangen im Stande war, daß alle Unzuträglichkeiten, die im hiesigen städtischen Leben zu Tage getreten seien, nur darin ihren Grund haben, daß sich die Executive im ungerechtfertigten, bewußten Gegensatz zu dem Willen der auf Grund gleiches Wahlrechts gebildeten Gemeinde-Vertretung zu segen beliebte. Die Mehrheit der städtischen Bevölkerung wünsche daher unter allen Umständen den Fortbestand des gleichen Wahlrechts, in dem sie nicht sowohl "ein angeborenes Gut Frankfurts", als vielmehr einen in dem Jahre 1866 ausdrücklich gewährleisteten Besitz erblicken; sie sei mit der Beibehaltung der jetzigen Stadt-Verfassung unter dieser Voraussetzung durchaus einverstanden. Die Petition schließt: "Es richten daher die Unterzeichneten an Exzellenz das dringliche Gejuch, bei der königl. Staatsregierung dahin wirken zu wollen, daß die vorgelegte Städte-Ordnung unter keinen Umständen auf Frankfurt ausgedehnt werde, wenn nicht das gleiche Wahlrecht in derselben aufrecht erhalten wird." Einstimmig nahmen die Versammlungen diese Petition an und beschlossen gleichzeitig, Abschrift an das Abgeordnetenhaus zu senden. Dieselbe wird dort wohl zu spät angelommen sein, denn das Haus hat am 31. Mai die Städteordnung in dritter Lesung mit der Bestimmung angenommen, daß das Gemeindeverfassungsgesetz für Frankfurt a. M. vom 25. März 1867 mit dem Tage des Inkrafttretens der gegenwärtigen Städteordnung außer Geltung tritt.

**München, 29. Mai.** Das Staatsministerium der Finanzen und das Kriegsministerium haben bei der Kammer der Abgeordneten einen Gesetzentwurf eingebracht, betreffend einen Kredit für außerordentliche Bedürfnisse in der Armee. Es wird ein Kredit von ca. 16 Millionen Mark verlangt, wovon ungefähr 2 Millionen für Militärbauten und der übrige Betrag für Ausrustung zur Erhöhung der Schlagfertigkeit des Heeres verwendet werden soll. — Wie das Organ der Alt-katholiken, der "Deutsche Merkur", mittheilt, hat am Donnerstag eine Versammlung der Mitglieder des bayerischen Landesvereins für die katholische Reformbewegung stattgefunden zum Zweck der Wahl von vier Delegirten zur diesjährigen Synode. Der Vorsitzende, Professor Huber, empfahl im Auftrage des Komite's drei auf die Bölibatsfrage bezügliche Sätze, nämlich: 1) Bei der gegenwärtigen religiösen Lage würde die gedeihliche Fortentwicklung unserer altkatholischen Bewegung, ja selbst der Bestand unserer Gemeinschaft durch die Aufhebung des Bölibats im höchsten Grade gefährdet sein; (?) 2) diese Frage und Fragen von ähnlicher Bedeutung könnten nicht wohl durch einziges Vorgehen der Synode der Alt-katholiken des deutschen Reiches, sondern sollten im Einverständniß mit den konstituierten altkatholischen Kirchen anderer Länder gelöst werden; 3) eine eventuelle Aufhebung des Bölibats von Seiten der bönen Synode könnte die Vernichtung der bisherigen staatsrechtlichen Stellung der bayerischen Alt-katholiken zur Folge haben. Die beiden ersten dieser Sätze wurden einstimmig, der dritte mit allen gegen Eine Stimme (welche ihn für überflüssig und inopportunit erklärte) angenommen und haben nun als Instruktion für die Delegirten zur Synode zu dienen.

**Bern, 28. Mai.** Die deutsche Reichsregierung hat, wie der "A. Ztg." von hier mitgetheilt wird, die Einladung des schweizerischen Bundesrates zur Theilnahme an einer zweiten internationalen Gotthardbahnen-Konferenz für Neorganisation des Unternehmens in technischer, administrativer und finanzieller Beziehung endlich abschlägig beschieden. Die deutsche Reichsregierung will den vom Bundesrat vorgeschlagenen Konferenzweg nicht betreten, sondern die Angelegenheit durch diplomatische Unterhandlungen geregelt wissen, zu welchem Zweck sie im Vertrauen auf die Umsicht des Bundesrats bezüglichen Vorschlägen entgegensteht. Man will also die Schweiz in dieser Angelegenheit sich selbst überlassen; hat sie durch eigene Klugheit und eigenes Verfahren den Ausweg aus der gegenwärtigen müßlichen Lage des Gotthardbahn-Unternehmens gefunden, und sie bedarf dann noch der Hilfe des deutschen Reiches, so wird

dieses seinerseits prüfen, ob es dieselbe zu gewähren im Stande ist. Jedenfalls beweist dies, daß die von gewisser Seite gefallene Behauptung, man beabsichtige in Berlin den gegenwärtigen Stand der Gotthardbahnfrage zum Nachtheile der Unabhängigkeit der Schweiz auszubeuten, gänzlich unbegründet ist.

**Mailand.** Ueber die 700jährige Gedächtnisfeier des Sieges der mailänder Liga über Friedrich Barbarossa bei Legnano schreibt man von hier:

Am 28. war die ganze Stadt besetzt; 40 Kommunen und 116 Arbeitervereine waren vertreten. Die Deputationen begaben sich in Aufzügen zur Arena durch die Hauptstraßen der Stadt. Die Vertheilung der Schützenpreise war sehr gelungen. Man hielt mit großem Beifall aufgenommene Reden. Um 4 Uhr fand in den "öffentlichen Gärten" ein Bankett zu 1400 Gedecken statt.

**Konstantinopel.** Der neue Sultan Murad V. gilt, wie man dem "N. W. T." schreibt, als ein guter Gesellschafter und er bringt nicht nur eine gründliche morgenländische, sondern auch eine tüchtige abendländische Bildung mit auf den Thron. Außer dem Türkischen und Arabischen (Sultan Mehmed Murad liest zwar perfekt geläufig, kann es aber nicht sprechen) — spricht derselbe auch französisch und englisch, jedoch das erstere geläufiger, als das letztere. Was die praktischen Wissenschaften betrifft, in denen er den Unterricht der an der Militär- und Marine-Schule zu Konstantinopel angestellten türkischen und europäischen Professoren genossen hat, so besitzt er darin jene Kenntnisse, wie sie gewöhnlich bei Menschen seines Standes gefunden werden. Bemerkenswerth ist es, daß er gleich seinem verstorbenen Vater Vorliebe für die Geschichte hegt, welche Wissenschaft er nicht nur als eine Lehrerin der Könige und Herrscher, sondern auch als eine Führerin zu führen und muthigen Thaten betrachtet. Dagegen glaubt man, daß der neue Sultan in den militärischen Wissenschaften nicht besonders bewandert sei. — Das österreichische Geschwader in der Levante wird noch so viel wie möglich verstärkt. Vor Saloniki ankert gegenwärtig die Schrauben-Fregatte "Nadezhda" von 21 Geschützen. Es ist dies das bekannte Schiff, welches unter dem Befehl von Tegethoff im Sommer 1864 ein so blutiges Gefecht bei Helgoland mit den dänischen Kriegsschiffen zu bestehen hatte. Vor Smyrna ankert das große Kanonenboot "Nautilus" von 570 Tonnen mit 115 Mann Besatzung und zwei schweren Hinterladungs-Geschützen, vor Konstantinopel die Schrauben-Korvette "Frundsberg" mit 220 Mann Besatzung und zwölf schweren Geschützen und das Kanonenboot "Albatros" von gleicher Stärke und Besatzung wie der "Nautilus". In Pola wird, wie die "Sch. Pr." mittheilt, jetzt gereinigt und zur unverweilten Abfahrt nach Konstantinopel fertiggestellt die große Panzer-Fregatte "Custoza" mit 12 Geschützen und 570 Mann, welche sich in der Seeschlacht bei Lissa sehr auszeichnete, unter dem Befehle des Admirals De Barry; ebenfalls für die Gewässer der Levante bestimmt und schon secklar ist das große Panzer-Kasematenschiff "Salamander" von 3110 Tonnen mit 308 Mann Besatzung und 16 Geschützen. Sollten die weiteren Ereignisse es erforderlich machen, so können von Pola aus in einigen Tagen noch 2-3 Panzerschiffe und einige Korvetten und Kanonenboote nach den Häfen der Levante abgehen, da alles dazu Erforderliche jetzt mit dem größten Eifer in Stand gesetzt und die Mannschaft einberufen wird. — Die mehrerwähnte Besika-Bai, welche zum Mendevous für das englische Geschwader bestimmt ist, liegt an der kleinasiatischen Küste, hinter der Insel Tenedos und unweit des ersten Dardanellen-Schlusses. Sie bietet einen guten und geschützten Ankerplatz und trägt ihren Namen von Besik-Tepe (Wiegensehügel), einem Hügel des aus den Kämpfen um das alte Troja genugsam bekannten Siegischen Vorgebirges, von welchem die Besika-Bai mit eingeschlossen wird. Die Bai war Station der britisch-französischen Flotte 1839 und 1840, sowie 1853, wo vor dem Ausbrüche des Krimkrieges die vereinigte Flotte der Westmächte hier auf die türkische Kriegserklärung an Russland wartete, um die Dardanellen zu passieren und das Schwarze Meer zu okkupieren.

Von großem Interesse ist in diesem Augenblick die Haltung der türkischen Vasallenstaaten. Serbien ist bereit zum Los-schlagen; alle Nachrichten lassen es in schwerverhaltenem Kriegsfeifer glänzen. Am 27. v. M. erließ der Stadtrath von Belgrad einen Auftrag, dessen Ton so kriegerisch als möglich lautet. Es wird darauf hingewiesen, daß die christlichen Kämpfer in der Herzegovina und Bosnien Serben seien, daß die türkische Armee bei Nikšić eine beständige Bedrohung Serbiens bedeute, daß Serbien sich auf alle Ereignisse gefaßt machen müsse und schließlich sogar, daß das Land erst dann wieder einen vollständig gefunden Organismus darstellen werde, wenn es wieder dieselbe Ausdehnung erlangt habe, die es unter seinem früheren Kaiserhaus, den Nemanjitschen besaß. Das ganze Schriftstück hat wohl nur den Zweck, die Bevölkerung zur Begeisterung an der Nationalanleihe zu begeistern. Nach belgrader Depeschen werden weder Serbien noch die insurgirten Provinzen die neuen Zustände in Konstantinopel anerkennen, vielmehr daraus einen Vorwand nehmen, den völligen Absatz zu proklamiren. Lebrigens hat Serbien schon jetzt seine Vasallenpflicht nicht mehr erfüllt. Aus Belgrad erhielt das "N. W. T." unter dem 27. Mai folgende Meldung:

Serbien hat am 5. Mai fällig gewesene Rate des Tributs in der Höhe von etwa 20.000 Stück Dukaten der Pforte nicht gezahlt. Die Nichtzahlung wurde damit motivirt, daß das Fürstenthum alle seine disponiblen Mittel zur Bevorratung von Vertheidigungsmitteln braucht, die durch die Bedrohung Serbiens von Seiten der türkischen Armee notwendig wurden. Ganz denselben Grund — fügt unser Korrespondent hinzu — für die Nichtzahlung des halbjährigen Tributs in gleicher Höhe, der im Oktober 1875 fällig war, führt der damalige Minister des Äußeren, Herr Georg Pavlovits, an. Mithin hat

Serben den Tribut für ein Jahr der ottomanischen Pforte nicht gezahlt.

## Parlamentarische Nachrichten.

= Aus dem Abgeordnetenhouse liegt uns die Zusammenstellung der Beschlüsse vor, welche dasselbe betreifs der Städteordnung in zweiter Lesung gefasst hat. Die Vorlage hat in der zweiten Be- rathung folgende Überschrift erhalten:

Entwurf einer Städteordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen, den Regierungsbezirk Wiesbaden und die Rheinprovinz.

Ferner ist ein § 151 hinzugekommen, welcher so lautet:

In den Provinzen Posen und Westfalen, im Regierungsbezirk Wiesbaden, sowie in der Rheinprovinz kommen, bis in denselben auf Grund zu erlassender besonderer Geize, die Einführung von Kreis- ausschüssen, von Bezirksräthen, von Provinzialräthen und von Be- wirtschaftungsgerichten bewirkt sein wird, folgende Bestimmungen zur Anwendung:

- 1) An die Stelle des Kreisausschusses tritt der Kreistag.
- 2) An die Stelle des Bezirksrats tritt die Bezirksregierung, an die Stelle des Provinzialrats tritt der Oberpräsident.
- 3) An die Stelle des Regierungspräsidenten tritt in den Stadtkreisen der Oberpräsident, in allen übrigen Stadtgemeinden die Bezirks- Regierung.
- 4) An die Stelle der Klage bei dem Bezirksverwaltungsgericht tritt die Beschwerde, in Stadtkreisen bei dem Oberpräsidenten, in allen übrigen Stadtgemeinden bei der Bezirksregierung; gegen die Entscheidung des Oberpräsidenten bzw. der Bezirksregierung findet innerhalb der für die Anstellung der Klage bestimmten Frist die Klage im Verwaltungstreitverfahren bei dem Oberverwaltungs- gericht statt, vorbehaltlich der Bestimmung des § 141.
- 5) In den Fällen des § 139 unter 5 bleibt die Bezirksregierung bzw. der Disziplinarhof zuständig.

Der unter 4) angezogene § 141 stimmt mit dem § 134 der Regie- rungsvorlage überein und lautet:

Die Zulässigkeit des Rechtsweges wird durch die Bestimmungen dieses Gesetzes weder eingeschränkt noch erweitert. Soweit gegen die Entscheidungen des Bezirksverwaltungsgerichts der ordentliche Rechts- weg zulässig ist, findet ein weiteres Rechtsmittel im Verwaltungstreit- verfahren nicht statt. Die Entscheidung des Bezirksverwaltungsgerichts ist, bis im ordentlichen Rechtswege ein anderes entschieden ist, vorläufig vollstreckbar.

Der unter 5) des § 151 erwähnte § 139 bestimmt:

Hinsichtlich der Dienstvergaben der Gemeindebeamten finden die Vorschriften des Gesetzes vom 21. Juli 1852 (Gesetzsamml. S. 465) mit folgenden Maßgaben Anwendung:

5) in dem auf Entfernung aus dem Amtsgerichteten Verfahren tritt an die Stelle des Regierungspräsidenten bei den Gemeinde- beamten der Magistrat und sofern das Verfahren gegen die zu 2 gedachten Bürgermeister, Beigeordneten, Magistratsmitglieder und oberen Gemeindebeamten gerichtet ist, in Stadtkreisen der Ober- präsident — an die Stelle der Bezirksregierung bzw. des Disziplinarhofs das Bezirksverwaltungsgericht und an die Stelle des Staatsministeriums das Oberverwaltungsgericht.

Die Vertreter der Staatsanwaltschaft ernannt bei dem Bezirks- verwaltungsgericht der Regierungspräsident, bei dem Oberver- waltungsgericht der Minister des Innern. Die Verhandlung vor dem Bezirksverwaltungsgericht und dem Oberverwaltungsgericht findet im mündlichen Verfahren statt. Das Gutachten des Disziplinarhofs ist nicht einzuholen. Das Verfahren kann mit Rücksicht auf den Ausfall der Voruntersuchung durch Beschluss des Bezirksverwaltungsgerichts eingestellt werden.

Die vorstehenden Beschlüsse haben auch in der dritten Lesung der Vorlage Annahme gefunden.

\* Wie bereits gemeldet, ist von der Justizkommission des Reichs- stags außer der Zivilprozeßordnung nunmehr auch das Gerichtsver- fassungsgesetz bis auf den Titel "Rechtsanwaltschaft" in zweiter Lesung durchberaten worden. Die Berathungen haben die nach den Beschlüssen erster Lesung zwischen der Kommission und dem Bundes- rathe bestehenden Meinungsverschiedenheiten in mehreren wesentlichen Punkten auszugleichen vermocht. Die Kommission ist namentlich insoweit den Beschlüssen des Bundesraths beigetreten, als die großen Schöfengerichte fallen gelassen sind und die Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern bejaht und nur gegen die Urtheile der (kleinen) Schöfengerichte beibehalten ist. Auch hat die Kommission dem Bundesratsbeschlüsse entsprechend die in erster Lesung aufgenommenen Bestimmungen über die richterliche Stellung der Staatsanwälte befestigt. In einer Reihe anderer wichtiger Punkte sind dagegen die Differenzen nicht zur Ausgleichung gekommen. Der "Reichsanzeiger" stellt diese Differenzen im Wesentlichen wie folgt zusammen:

1. Die Strafkammern als Berufungsgerichte sollen nach dem Beschluss der Kommission mit fünf Richtern befest sein und es soll gegen die Urtheile derselben in der Berufungsinstanz keine Revision stattfinden. Nach dem Beschluss des Bundesraths soll dagegen die Berufungskammer nur mit drei Richtern befest werden und gegen die Entscheidung derselben die Revision an das Ober-Landesgericht statt- haft sein;

2. Das Universitätsstudium, welches der ersten Prüfung der Rechts- kandidaten vorangehen muß, soll nach dem Beschluss der Kommission sich mir auf das Studium der Rechtswissenschaft erstrecken, während der Bundesrat auch das Studium der Staatswissenschaft für erforderlich erachtet hat;

3. die in erster Lesung eingefügten verfassungsmäßigen Grundsätze über die Stellung der Richter sollen nach dem Beschluss der Kommission, entgegen der Meinung des Bundesraths, Bestandtheile des Gesetzes werden. Befestigt ist nur die Vorschrift über das Aufrücken der Richter in die höheren Gehaltsstufen;

4. die Gemeindegerichte, die Forst- und Feldrügengerichte und die Polizeirügegerichte, welche der Entwurf als besondere Gerichte für gewisse Sachen zugelassen hat, sollen entgegen dem Beschluss des Bun- desraths in Weißfall kommen;

5. die in erster Lesung eingefügte Bestimmung, nach welcher die Organisation und das Verfahren besonderer Behörden zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Gerichten und Verwaltungs- behörden durch die Landesgesetzgebung nach Maßgabe der aufgestellten Normativbestimmungen neu geregelt werden soll, ist entgegen dem Be- schlüsse des Bundesraths aufrecht erhalten worden;

6. die Zuständigkeit der Schöfengerichte, der Strafkammern und der Schwurgerichte ist in wesentlichen Punkten abweichend von den Beschlüssen des Bundesraths geregelt. Insbesondere sind die kleinen Eigenbüro gerichteten Vergehen, deren Objekt 25 M. nicht übersteigt, den Strafkammern entzogen und den Schöfengerichten überwiesen. Ferner sind die Verbrechen von Personen unter 18 Jahren, die Verbrechen des schweren und rücksätzlichen Diebstahls, der Heblerei und des Betrugs grundfährlich den Schwurgerichten entzogen und den Strafkammern zugewiesen. Andererseits ist die im Entwurfe vorge- sahene fakultative Verweisung gewisser zur Zuständigkeit der Schwur- gerichte gehöriger Verbrechen an die Strafkammer gänzlich bejaht. Endlich sind sämtliche Prezvergehen, mit Ausnahme solcher Beleidigungen, deren Verfolgung nur auf Antrag des Beleidigten oder der Angehörigen derselben geschieht, in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem Beschluss erster Lesung den Schwurgerichten zugewiesen;

7. nach dem Beschluss der Kommission sollen von dem Schöffen- dienste die unmittelbaren befördeten Reichs- und Staatsbeamten aus- geschlossen sein. — Die Schöffen sollen zu nicht mehr als 5 Sitzen- tagen im Jahre herangezogen werden dürfen. — Der Amtsrichter soll, auch im Falle der Dringlichkeit nicht, wie im Entwurfe bestimmt, nach seiner Wahl diejenigen Erzähler berufen, welche am schnellsten zu erlangen sind, sondern er soll dieselben stets ausloosen, beziehungs- weise nach der Reihenfolge der Jahresliste vorladen;

8. nach den Beschlüssen der Kommission soll die Geschäftsvertheilung und Zusammensetzung der Kammer und Senate bei den Kollegialgerichten durch eine besondere Kommission, bestehend aus dem Präsidenten, den Direktoren und ein bis vier Mitgliedern des Ge- richts, erfolgen, während nach der Meinung des Bundesraths diese Befugnisse der Justizverwaltung zu belassen sind. Ferner sollen nach den Kommissionsbeschlüssen die von der Justizverwaltung den einzelnen Kammer oder Senaten zugethielten Vorsitzenden nur mit ihrem Willen zu Vorsitzenden einer anderen Kammer oder eines anderen Senats bestimmt werden dürfen. Endlich soll die Ertheilung eines Kommissariums an einen Beamten, welcher nicht angestellter Richter ist, zur Vertretung oder Aushilfe bei dem Landgerichte stets eine dauernde sein, in der Weise, daß der betreffende Beamte während der Dauer derjenigen Umstände, durch welche die Anordnung nothwendig wurde, wider seinen Willen nicht abberufen werden darf. Von dem Bundesrath war die Streichung dieser in erster Lesung hinzugefügten Bestimmungen beschlossen;

9. nach dem Beschluss der Kommission soll die Sprachliste der Geschworenen lediglich durch Ausloofung von 30 Geschworenen aus der vom Landgerichte erwählten Gesamtzahl der Geschworenen festgestellt werden, während nach dem Entwurfe, dessen Aufrechterhal- tung vom Bundesrath beschlossen ist, zunächst 48 Geschworene auszuwohnen sind und diese Zahl demnächst erst durch den Vorsitzenden des Schwurgerichts auf 30 Personen behufs Bildung der Sprachliste herabzusezen ist;

10. der Zug des Reichsgerichts soll nicht, wie nach dem Beschluss des Bundesraths, durch kaiserliche Verordnung, sondern durch Gesetz bestimmt werden;

11. die Kommission hat die in erster Lesung eingeschaltete Vor- schrift, daß die Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Ausführungen und Anträgen nach dem Schluß der Beweisaufnahme an dienstliche Anweisungen ihrer Vorgesetzten nicht gebunden sein sollen, entgegen dem Beschluss des Bundesraths aufrechterhalten;

12. die Bestimmung über die Mittheilung von Alten einer öffentlichen Behörde an die Gerichte eines anderen Bundesstaats ist gleichfalls entgegen dem Beschluss des Bundesraths aufrechterhalten worden;

13. nach dem Beschluss des Bundesraths soll auch die Verkündung der Urtheile in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen dürfen, wenn die Offenheit eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit beforgen läßt. Nach dem Beschluss der Kommission soll dagegen die Verkündung der Urtheile in allen Fällen öffentlich erfolgen;

14. die Dauer der Gerichtsferien ist von dem Bundesrath auf die Zeit vom 15. Juli bis 31. August festgesetzt. Die Kommission hat die Dauer der Ferien bis zum 15. September verlängert.

## Lokales und Provinzielles.

Posen 3. Juni.

r. In der katholischen St. Martins-Gemeinde findet am 7. d. M. eine Erwahl statt, da seitens des kgl. Kommissarius für die Vermögensverwaltung die Wahl des Johann Palatz zum Kirchen- vorsteher, und des Fratowia und Thomas Palatz zu Gemeindevertretern für ungültig erklärt worden ist. Auch die Franziskaner-Gemeinde muß nochmals zur Wahl zusammentreten, da der Wirth Witkowski auf der Wilda die auf ihn gefallene Wahl zum Gemeindevertreter abgelehnt hat.

r. Das Landwehr-Bataillon Neutomischel, welches in Stärke von 500 Mann zu Übungen mit dem Manufegewehr am 22. v. M. hierher gekommen war, hat dieselben mit dem heutigen Tage beendet.

r. Die Schützengilde hielt am 22. Mai d. J. im Schützenaal bei Lebhafter Beteiligung ihre ordentliche Generalversammlung ab; von den c. 130 Mitgliedern der Gilde waren über die Hälfte erschienen. Es wurde dem Vorstande für die Rechnungslegung pro 1875/76 Decharge ertheilt und der Etat pro 1876/77 festgestellt. Wahlen fanden nicht statt, da die Wahlperiode des jetzigen Vorstandes und Aufsichtsrates noch nicht abgelaufen ist. — Das Pfingstfeiertage beginnt in üblicher Weise am zweiten Pfingstfeiertage Nachmittags und erreicht am Sonnabend in der Pfingstwoche sein Ende. Die Proklamirung des neuen Schützenkönigs erfolgt am Sonntage nach Pfingsten.

r. Im Circus Renz war am Abende der ersten Vorstellung, am Mittwoch, und während der darauffolgenden Nacht der Regen durch das Dach in die Manege hineingedrungen. Schon am folgenden Tage ist das Dach dichter eingedeckt worden.

Bromberg, 2. Mai. [Arbeiter Scheel. Gefundene Leiche.] Der Arbeiter Scheel ist vorgestern aus dem hiesigen städtischen Lazareth entlassen worden. Als geheilt ist derselbe wohl noch nicht zu betrachten; er wollte jedoch nicht länger im Lazareth bleiben. Wenigstens ist Scheel soweit hergestellt, daß er bis nach Hause — Neuhof — gehen könnte. Verschüttet wurde er am 12. Januar d. J.; ins Stadtlazareth kam er am 13. Januar, seit welcher Zeit er in demselben unter den verschiedenen Leiden zugebracht hat. Heute Morgen ist bei Karlsdorf (Kl. Kapucynski Dorf) in der Brahe ein männlicher Leichnam aufgefunden worden. Derselbe soll Spuren von Verwundungen am Kopfe und Miederstücke in der Brust haben.

## Die Landwirtschaft in Posen.

III.

Der „Bericht über die Gestaltung der landwirtschaftlichen Ver- hältnisse in der Provinz Posen während des Jahres 1875“ zeigt uns die Landwirtschaft unserer Provinz in einer wenig befriedigenden Lage. Was wir aus demselben über die allgemeinen Zustände mittheilen, wird unseren Lesern schon verrathen haben, daß die Berichterstatter des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Posen mit den Ergebnissen ihrer Umfrage nicht zufrieden sind. Man kann ihnen dies nicht übel nehmen. Die Landwirthe haben in den letzten Jahren mangelhafte Ernten gehabt und für ihre Erzeugnisse, trotz Verminderung der Masse, keine wesentlich höheren Preise erzielt, weil die ausländischen Getreideländer, welche billiger produzieren, den Aussall deckten. In Folge dessen hat das landwirtschaftliche Gewerbe wenig Gewinn abgeworfen, was doppelt empfindlich ist, da die Lebensbedürfnisse im Preise gestiegen sind. Viele Landwirthe befinden sich daher in einer drückenden Lage, besonders diejenigen, welche kein Betriebs- kapital besitzen, dagegen ihren Grundbesitz mit großen Schuldsummen belastet haben, die aus den verringerten Einnahmen verzinst und amortisiert werden sollen.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß die heut in landwirtschaftlichen Kreisen herrschenden Ansichten über die national- ökonomischen Verhältnisse der Gegenwart keine ruhigen und unbefangenen sind. Unzufriedenheit, Verbitterung, Misstrauen und Neid verdunkeln das klare Urtheil. Und der gewöhnliche Mensch sucht die Ursachen seiner Not bei Anderen. Sein Käufer auf dem Produktenmarkt, sein Konkurrent auf dem Kapitals- und Arbeitsmarkt, Händler und Kapitalisten, Eisenbahn-Direktoren und Fabrikanten, Gesetzgeber und Minister, alle Welt scheint sich verschworen zu haben, dem bedrängten Landwirthe das Leben sauer zu machen. Statt seine Speulationssucht anzuladen, welche ihn verleitete, ohne Betriebs- kapital, ja selbst nur mit einer kleinen Quote des Kaufpreises ein großes Gut zu erwerben, statt seine kostspielige Lebensweise einzuschränken und seine Leistungen nach allen Seiten zu erweitern, statt

die strengste Kritik an sich und sein Thun zu legen, schilt er auf die gegenwärtige Wirtschaftspolitik und den makellosen Börsenschwindel. Das sind die Massen, welche auf die Werbetrommel der Agrarier hören, in der Hoffnung, unter den Fahnen dieser Partei, alle Konkurrenten, welche sie als Feinde betrachten, in die Flucht zu schlagen.

Auf diesem Standpunkte steht keineswegs der Bericht des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Posen; vielmehr befleißigen sich die Verfasser resp. Mitarbeiter desselben einer objektiven Darstellung, wie sie in einem gleichsam amtlichen Schriftstücke von Sachverständigen erwartet wird. Indessen verräth der Bericht doch, daß die gleichen Lehren der Adersocialisten und ihre Anschaungen über gewisse Erwerbsklassen in weite Kreise Eingang gefunden haben. Dies mag auch der Grund sein, weshalb sich der landwirtschaftliche Bericht auffallend viel mit kommerziellen Dingen beschäftigt und manchmal nicht in ganz objektiver Weise. An mehreren Stellen schlägt derselbe fast einen polemischen Ton gegenüber dem Bericht der hiesigen Handelskammer an, was wir in den Berichten dieser bedeutend älteren Körperschaft, welche seit 25 Jahren besteht, bisher nicht bemerkt haben. So wird die Art und Weise der Feststellung der Preise auf den Vieh- und Produktmärkten weniger mit Gründen als mit Verdächtigungen bemängelt. Da die kgl. Regierung schon in Folge der vorjährigen Beschwerden von der hiesigen Handelskammer eine Meinungsänderung hierüber eingeholt hat, so dürfen wir wohl die Erwartung hegen, die Antwort dieser Körperschaft in ihrem nächsten Jahresbericht zu finden.

Ferner wird in dem Abschnitt über „Verkehrswege“ die Behauptung ausgesprochen, daß der Brahekanal und der dabei anzulegende Hafen „besonders dem Holzhandel zu Gute kommen wird.“ Obendrein stellt der Bericht die Sache so dar, als ob die Regierung den Hauptteil der Kosten zu Gunsten dieses Handelsweiges trüge. Die Wahrheit ist, daß die Aktiengesellschaft, meist aus Holzhändlern bestehend, selbst die Mittel für die Hafenanlage und die Kanalisation der unteren Brahe in Höhe von 1½ Millionen Mark aufgebracht hat, und der Fiskus nur 900,000 M. zur Kanalisierung der oberen Brahe zahlt. Die Aktionäre erhalten nach der Konzessionsurkunde nie mehr als 5 Prozent Zinsen, alle Mehreinnahmen sind zur Amortisation resp. Reserve bestimmt und nach einer gewissen Reihe von Jahren geht das Eigentum der ganzen Anlage in die Hände der Regierung über. So dargestellt, wird es klar, daß die ganze Anlage dem allgemeinen Interesse zu Gute kommen wird.

Trotz solcher und ähnlicher Bemerkungen, welche vom landwirtschaftlichen Klasseninteresse eingegangen sind, können wir konstatiren, daß der Bericht keine agrarische Parteidendenz verräth. Einzelne Stellen erwecken allerdings diesen Schein, z. B. in der von uns mitgetheilten Einleitung die Erwähnung der „fetten Jahre des Industrialismus und Kapitalismus“ gegenüber den mageren Jahren der Landwirtschaft. Diese Gegenüberstellung ist geeignet, die in landwirtschaftlichen Kreisen herrschende Ansicht über die anderen Erwerbsklassen zu verstärken. Solchen Vorstellungen darf man nicht Vorschub leisten, denn sie hindern eine gesunde Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens. Wenn man das moderne Wirtschaftssystem mit seinen Fabrikations- Großbetrieb und Kreditwesen als „Industrialismus“ und „Kapitalismus“ bezeichneten will, so meinen wir, alle Landwirthe müßten wünschen, daß beide mehr und besser in unsere Provinz eingeführt würden. Ein Blick auf Ungarn, wo Industrie und Kredit auf sehr schwachen Füßen stehen, zeigt am besten, wie schlimm die Landwirtschaft sich befindet, wo sie der Unterstützung dieser beiden mächtigen Faktoren des modernen Güterlebens entbehrt. Nach dem Bericht muß es auch scheinen, als ob der in Industrie- und Kreditgeschäft während der Milliardenzzeit verübte Unzug nur die Landwirtschaft bedrückt hätte, während diese Ausschreitungen jede ehrliche Arbeit geschädigt haben; und diese Schädigungen sind nicht bloß von Industriellen und Börsenmännern sondern auch von Handwerkern, Beamten und — Landwirten ausgegangen. Sehr richtig konstatirt deshalb der Bericht, daß die Landwirtschaft (besser: die Landwirthe) „zum Theil durch eigene Schuld unter den Nachwirkungen von 1871 und 1872“ leiden. Auf Seite 8 erwähnt der Bericht, daß die Landwirtschaft „reichen Kapitalzufluss während der letzten Jahre“ gehabt hat, bedauert aber zugleich, daß „unsere Besitzer zu einem nicht geringen Theile ihren Realcredit bereits früher völlig erschöpft haben.“ Wenn die Landwirthe hier mit gewissenhafter Selbsterkenntniß nach den Ursachen dieser Erscheinung suchen wollen, werden sie gewiß finden, daß daran nicht der „Industrialismus und Kapitalismus“ sondern zum größeren Theil ihre eigenen falschen Spekulationen Schuld sind. Wir können solche Landwirthe, wenn sie nun keinen Kredit haben oder Wucherzinsen zahlen müssen, bedauern, aber helfen können wir ihnen nicht, und kein Gesetz kann sie von diesen Uebeln erlösen, es sei denn, daß der Staat die wirtschaftliche Freiheit aufhebt, die Eigentumsbefreiung verhindert und sozialistische Mittel anwendet.

Die Autoren des landwirtschaftlichen Berichts scheinen darin auch mit uns vollständig übereinzustimmen, denn sie machen keine positiven Vorschläge, um die gegenwärtigen Notstände zu beseitigen, noch weniger empfehlen sie die täuschenden Heilmittel der agrarischen Adepte.

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

(w.) Die „Grote'sche Sammlung von Werken zeitgenössischer Schriftsteller“ ist durch ein neues Werk vermehrt worden: „Horader“ von Wilhelm Raabe. Der bekannte Humorist, welcher zuerst unter dem Namen Corvinus vor die Öffentlichkeit trat, zeigt in seiner neuesten Publikation, wie man mit einer kleinen Anekdote einen ganzen Band füllen kann, wenn man behaglichen Humor besitzt, um die Kleinmalerei bis aufs Kleinsta auszudehnen. Die Geschichte spielt auf Neuseeland, und als Haupthelden erscheinen der letzte Konrektor und seine Frau, ein drolliges Menschenpaar voll gesunden Menschenverstands, mit einer Dosis Schallheit und etwas veralteten Sitten. Indem diese beiden Menschen mit Vertretern der modernen Richtigkeit in Gegensatz gebracht werden, erzielt der Autor eine komische Wirkung; und dies gelingt bei Gelegenheit eines Ereignisses, welches die ganze Stadt in Aufregung versetzt. Eines Tages verbreitet sich dort das Gerücht, daß der Konrektor und sein junger Gefährte, der Zeichenlehrer, während sie einen Besuch über Land machen, von dem gefürchteten Häuber Horader im Walde ermordet worden seien. Die Frau Konrektor faßt dies Gerücht mit einer nicht ganz motivirten Konsequenz als einen „Ulf“ ihres Mannes auf, und findet sich nur durch das Leid ihrer jungen Kollegin, der Frau des Zeichenlehrers, bewogen, den Herren nachzufahren. Dieser mehrstündige Weg wird in Begleitung eines sich vornehm führenden, modernen Gymnasialprofessors zurückgelegt, welchen die Frau Konrektor zum Ritter der Damen geprägt hat. In der Wohnung

des befreundeten Pfarrers angelkommen, finden die Frauen wohlbehalten ihre Männer. Horacter ist ein junger Bursche, der irgend einen dummen Streich gemacht hat, deshalb im Walde herumstrolche, aber sonst ein treffliches Herz und mit den kleinen Grethe, der früheren Pflegebefohlenen des Pfarrers sein Herz in romantischer Liebe ausgetauscht hat. Beide Liebenden sind ebenfalls im Pfarrhause, um sich von mancherlei Angst und Strapazen auszuruhen. Das ist gewiß eine sehr einfache Geschichte. Aber, wie gesagt, Wilhelm Raabe weiß einen ganzen Band damit zu füllen, wobei er durchaus nicht die pedantische Pflicht fühlt, alle Vorgänge gehörig zu motivieren. Er zieht es vor, sich an den Situationen zu ergötzen und Charakterzeichnungen zu liefern.

Schließlich dürfen wir nicht vergessen, daß das (in der G. Grotischen Verlagsbuchhandlung erschienene) Buch mit hübschen Illustrationen geschmückt ist.

\* Die Verlagsbuchhandlung von Eduard Hallberger in Stuttgart veranstaltet bekanntlich eine Taschenausgabe von Carl Spindler's "außgewählten Romaneen", die von Eduard Trenwendt in Breslau eine solche von G. v. See's ausgewählten Werken". Beide Unternehmungen schreiten rüttig fort. Von dem ersten sind neuerdings die Lieferungen 41–50 ausgegeben worden, worin "Eugen von Kronstein" beendet, "Der Constrictor" vollständig mitgeht und "Der König von Zion" begonnen wird. Von G. v. See's Romanen liegen Lieferungen 24–26 vor, die Fortsetzung von "Herz und Welt" enthaltend.

\* Katharina II. von Russland. Ein Vortrag, gehalten im Humboldt-Verein für Volksbildung zu Breslau von Prof. Dr. J. Caro. Breslau, Wilhelm Koeber. Der Verfasser, dessen Spezialfach die russisch-polnische Geschichte ist, bietet uns in dem vorliegenden geistreichen und formvollendeten Vortrage ein Lebensbild der berühmten Kaiserin, das bei jedem Gebildeten das lebhafteste Interesse erwecken dürfte. Ohne die moralischen Flecken der großen Frau zu verschweigen oder gar geflissentlich zu beschönigen, verucht Professor Caro in großen Zügen alles vorzuführen, was zum Verständnis und zur Rechtfertigung dieser in der Weltgeschichte weit öfter verurtheilten, als richtig beurteilten großen genialen Frau beitragen kann.

\* Gewerbegegebung. Als Ergänzung derselben ist soeben publiziert: Gesetz über die eingeführten Hülfssachen vom 7. April 1876 und Gesetz, betreffend die Abänderung des Tit. VIII. der Gewerbeordnung vom 8. April 1876. Diese Gesetze sind in einem korrekten Abdruck in 8. Verlage der k. k. Geh. Oberhofbuchdruckerei (R. v. Decker), Preis 15 Pf., erschienen. Gleichzeitig bilden diese Gesetze einen Nachtrag zu der in demselben Verlage erschienenen Ausgabe der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869, nebst den dieselben ergänzenden Gesetzen und den reichsgesetzlichen und landesgesetzlichen Ausführungsbestimmungen, nach den amtlichen Quellen.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Pferdelotterie. Bei der am 1. d. M. in Königswberg stattgefundenenziehung der Pferdelotterie fielen folgende Gewinne: Auf Nr. 1342 Landauer mit 4 Rappen, 37,983 Whisky mit 2 Brauen, 3014 Kutschier-Phaeton mit 2 Brauen, 28,552 Voiture de Chasse mit 2 Rappen, 37,883 Park-Phaeton mit 2 Tabellen, 13,617 Zwei Rappwallache, 13,003 Brauner Hengst, 5770 Fuchsstücke, 13,518 Schimmelstücke, 37,893 Braune Stute, 34,007 Brauner Hengst, 3615 Brauner Hengst, 4522 Brauner Hengst, 14,585 Brauner Wallach, 38,849 Braune Stute, 14,557 Rapsstücke, 28,737 Fuchsstücke, 2246 Braune Stute, 33,429 Brauner Wallach, 30,638 Fuchswallach, 20,823 Fuchsstücke, 18,258 Brauner Wallach, 22,432 Braune Stute, 32,743 Brauner Wallach, 35,115 Fuchsstücke, 27,668 Dunkelbraune Stute, 23,152 Schimmelwallach, 32,140 Schimmelstücke, 21,358 Brauner Wallach, 9584 Fuchsstücke, 19,546 Kirchbraune Stute, 20,998 Brauner Hengst, 29,453 Schimmelwallach, 16,539 Schimmelstücke, 14,456 Zwei Rapp-Schotten.

\*\* Strehlen. 2. Juni. [Wollmar.] Dem hierigen Märkte sind 350 Cr. zugeführt worden. Die Wäschen sind nur mittelmäßig. Bei sehr schleppendem Geschäft wurden etwa Dreiviertel der Ware verkauft. Käufer waren Händler aus Breslau und Umgegend und ein hessischer Fabrikant. Russitalwollen wurden mit 46–52, gut behandelte Dominialwollen mit 56–62 Thlr. bezahlt. Der Abschlag gegen das Vorjahr beträgt 10 Thlr.

\*\* Karlsruhe. 1. Juni. Bei der heutigen Gewinnziehung der badischen vierprozentigen Prämien-Anleihe von 1867 (100-Thlr.-Loose) fiel der Hauptgewinn von 300,000 Mf. auf Nr. 18,346, Nr. 48,822 gewann 48,000 Mf., Nr. 23,784 18,000 Mf., Nr. 111,447 4800 Mf., die Nummern 104,201, 48,828, 45,614 gewannen je 2400 Mf. und die Nummern 18,338, 65,573, 82,114, 104,245, 23,778, 82,129, 65,587 gewannen je 1200 Mf.

\*\* Wien. 2. Juni. Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahnen vom 20. bis zum 26. Mai 1,321,382 fl. gegen 1,313,570 fl. der entsprechenden Woche des Vorjahrs, mithin Wochen-Mehreraufnahme 7812 fl. Bisherige Mindereinnahme seit 1. Januar d. J. 962,560 fl.

## Vermischtes.

\* Potsdam. 1. Juni. [Blitzschlag.] Gestern, 31. Mai, zog gegen fünf Uhr Nachmittags von Westen her ein Gewitter über unsere Stadt hin, welches mit heftigem Sturm begann, nur kurze Zeit über der Stadt stand und dann nach Osten hinabzog. Man kann nicht behaupten, daß es ein schweres Gewitter war, obgleich es häufig blitzte und donnerte. Wie aber soeben aus Dörf Drewitz an der Nuthe, ½ Meile von Potsdam, gemeldet wird, hat der Blitz dort gegen sechs Uhr im Hause des Gastwirths Wilhelm Bardemann dessen 17-jährige Tochter Pauline auf der Stelle getötet.

\* Halle. 1. Juni. Dem Vernehmen nach ist dem Direktor des Stadttheaters zu Halle, Haberstroh, welcher bekanntlich wegen Bigamie zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, die Hälfte seiner Strafe erlassen worden.

\* Wettkauf eines Pferdes mit einer Lokomotive. Auf der Chemnitz-Aue-Adorfer Eisenbahn fand am 23. d. M. ein sonderbares Wettkennen statt. Als der von Adorf um 11 Uhr abgehende Personenzug die Station Markneukirchen passirt hatte, sprang ein dem Müller in Siebenbrunn gehöriges 4jähriges Pferd kurz vor der Maschine ins Gleis und galoppiret dem Zuge, welcher sich hier auf der Steigung von 1:40 mit mäßiger Geschwindigkeit bewegt, bis zwota voraus. Hier 2 Minuten Aufenthalt und weiter ging das wunderbare Rennen, mitten auf den Schwellen, so daß keies und Funken stoben. Kurz vor Schoneck kam der edle Renner zum Fall, er überschlug sich, ein Hufeisen sauste dem Lokomotivführer um den Kopf; doch konnte der Zug zum Stehen gebracht werden. Da noch einmal raffte sich das feurige Thier auf und sprengte dem Zuge voran als Sieger in Schoneck ein, wo es im Schweif gebadet, doch unverletzt, von Bahnbüroamten eingefangen wurde. Es hatte die 14,5 Kilometer betragende Strecke in 34 Minuten zurückgelegt.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

Ems. 2. Juni. Zum Besuch des Kaisers Alexander ist heute früh der König von Württemberg hier eingetroffen, die Ankunft des Großfürsten Michael wird heute Abend erwartet. Vom Grafen von Paris wurde dem Kaiser Alexander gestern ein Besuch abgestattet. — Der französische Botschafter in Berlin Comte de Gontaut-Biron ist zum Gebrauch der Badekur hier eingetroffen.

Karlsruhe. 2. Juni. Die zweite Kammer ging in ihrer heutigen Sitzung über den Antrag der Ultramontanen auf Einführung direkter Landtagswahlen und Aufhebung des Unterschiedes zwischen

Stadt und Land zur Tagesordnung über. Der Initiativantrag von Lamay auf Änderung der Wahlordnung wurde angenommen. Die Kammer vertagte sich bis zum 12. d. M.

Strasburg i. E. 2. Juni. Der Landesausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Zentralverwaltung im Reichslande selbst ihren Sitz behalte, daß die Befugnisse derselben erweitert und jedenfalls Veränderungen nicht ohne das Gutachten des Landesausschusses beschlossen werden möchten.

Rom. 2. Juni. Der Patriarch Hassun begab sich gestern Abend nach dem Vatikan, um dem Papst die Thronbesteigung des Sultans Murad anzusehen. Dieselbe wird, wie die „Italienischen Nachrichten“ wissen wollen, als der Kirche günstig aufgefaßt und würden die Bischöfe in der Türkei wahrscheinlich dahin gehende Instruktionen erhalten, dem neuen Sultan ihre Unterstützung nicht zu versagen.

Neapel. 1. Juni. Wie die hierigen Journale melden, ist Befehl zur Ausrüstung der Fregatten „Terrible“ und „Carride“ eingetroffen. Admiral Martin übernimmt den Oberbefehl über das in Tarent befindliche Panzergeschwader. Letzteres ist angewiesen, sich zur Absfahrt nach dem Orient bereit zu halten.

Konstantinopel. 2. Juni. In Verfolg des gestern bei der hohen Pforte verlesenen kaiserlichen Rescripts ergeht regierungsseitig folgende weitere Mittheilung: „Se. Majestät der Sultan Murad Khan hat, als er den Thron seiner erlauchten Vorfahren bestieg, eine neue Ära der Wohlfahrt für die Völker inauguriert, welche die Beseitung unter den Schutz seines Szepters gestellt hat. Unser erhabener Herr hat zunächst den Wunsch bezeugt, eine Politik des Friedens und der Eintracht zu verfolgen und mit den seinem Reich befreundeten Mächten die herzlichsten Beziehungen zu unterhalten. Durch den an den Großvizer gerichteten kaiserlichen Hatt, welcher heute feierlich bei der hohen Pforte verlesen wurde, bestätigt Se. Maj. alle von seinen Vorgängern ertheilten Privilegien und Immunitäten. Der Sultan befiehlt, daß die Freiheit Aller gesichert sei, daß eine strenge Kontrolle für die Finanzen eingeführt werde, welche ein vollständiges Vertrauen einslößt, daß der Staatsrat, das Ministerium der Justiz, des Unterrichts und alle anderen Zweige der Verwaltung dergestalt reorganisiert werden, daß allen Erfordernissen Genüge geleistet und die weitesten Garantien geboten werden, daß eine nambaste Reduktion der Ziviliste — um 60,000 Beutel — bewerkstelligt werde, daß alle Bergwerke, Fabriken und andere Besitzungen der Krondomänen fortan direkt unter das Finanzministerium gestellt werden, daß endlich die Verwaltung des Reichs gegründet werde auf Grundlagen, welche reislicher Prüfung unterworfen werden müssen und den wahren Bedürfnissen des Landes entsprechen, sowie im Einklang mit den liberalen Ideen des Zeitalters stehen sollen.“

Bukarest. 2. Juni. Gestern sind die Ratifikationsurkunden des zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien abgeschlossenen Handelsvertrags ausgetauscht worden.

## Angekommene Fremde

3. Juni.

Mylus' Hotel de Dresde. Literat Dr. Samter aus Berlin, die Kaufleute Kühl aus Elberfeld, Bley aus Branesberg, Coehns aus Königsberg, von Beck aus Hamburg, Döhring aus Strasburg i. E., Döhring, Liekle, Meinhardt, König, Peters, Ernst aus Berlin, Böckle aus Bromberg, Reinhardt aus Stettin, Breuer aus Braunschweig, Lechner a. Hannover, Weiber a. Mainz, Lient, Kaufmann a. Berlin, Ingenieur Child a. Amerika, Rentier v. Kolbe und Major Kosack a. Schröda, die Kadetten Kosack und Sperling a. Berlin.

Buckow's Hotel de Rome. Lotterie-Ginnehmer Kabus und Frau a. Danzig, Rechtsanwalt Otto und Frau a. Neustadt i. Westpr., Ingenieur Bohn a. Kreuzburg, Dr. Lissa a. Berlin, die Kaufleute Bräich a. Berlin, Behnter a. Koburg, Pick a. Breslau, Ruenberg a. Berlin, Sandmann a. Düsseldorf, Oppen a. Königsberg, Schwarz a. Hamburg und Meissner a. Dresden.

Grand Hotel de France. Die Mittergutsbesitzer Graf Potulicki a. Klein Sejori, v. Taczanowski a. Lissa, v. Tressow und Frau a. Dwinsk, v. Balzrewski a. Golina, v. Baliszewski a. Kutki, v. Skarzynski a. Miedzianovo, v. Chłapowski a. Węgrzynowo, Fürst Sosnowski und Familie aus Reisen, von Korytowski aus Wien.

Scarffenberg's Hotel. Die Kaufleute Wachsmann a. Breslau, Bach a. Berlin, Rosenfeld a. Frankfurt a. M. und Kindstadt a. Celle, Rentier Gehrt a. Marienberg, Posthalter Milde und Frau a. Inowraclaw, Frau Dr. Kappe a. Weferitz, Förster Salato a. Breslau, Direktor Bauer a. Bremen, Fabrikant Eckardt a. Hirschberg i. Sch.

Hotel de Berlin. Kaufmann Beck a. Polen, Dr. Haas a. Breslau, Propst Stefanik a. Cerekwice, die Gutsbesitzer Hensel a. Krünstadt, Petrik a. Chyby, Dütsche a. Sierslaw und L. Jasinski a. Muskau, Tuchfabrikant Melcher und Frau a. Tomaszow, Guts-pächter Thomas a. Alexandrowo, Postmänn Hartwig a. Sieradz.

Hotel zum Schwarzen Adler. Gutsbesitzer A. Hubert u. Söhne a. Kopalzyce, prakt. Arzt Dr. Wisniewski a. Marburg, Rechtsanwalt Dr. Weclawski a. Schröda, Priv. L. Skrzetuski a. Posen, Bürger Mr. Roszkowski a. Bnin, Kaufmann Kapian u. Fam. a. Mileslaw, Frau Michalska a. Siedlec.

Tilson's Hotel Garni (Nachfolger Vogelsang). Rittergutsbesitzer Jaskonski a. Betspreuen, die Gutsbesitzer von Duffkiewicz a. Maniewo und Preuß a. Pommern, die Kaufl. Haupt, Publ. u. Kaufmann a. Berlin, Breslauer a. Gnesen, Gellhorn a. Magdeburg, Bach a. Mainz, Dr. jur. Meier a. Tremessen, Bankier Abel u. Bankier Löben a. Breslau.

Keiler's Hotel. Die Kaufleute Mendelssohn a. Gniezwino, Fabian a. Filehne, Rosenberg a. Landsberg a. W., Sondeit a. Wrone, Hotelbesitzer Greger u. Frau a. Inowrazlaw, Lehrer Ezerkiewicz u. Frau a. Podz.

Hamburg, 31. Mai.

Das Hamburg-Newyorker Post-Dampfschiff „Gellert“, Kapitän Barends, welches am 17. ds. von hier und am 20. von Havre abgegangen, ist am 30. d. wohlbehalten in Newyork angelommen.

## Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M. 2. Juni. Spekulationspapiere besonders Lombarden matt, österreichische und russische Fonds schwächer insländische fest.

[Schlußfurse.] Londoner Wechsel 204, 85. Pariser Wechsel 81, 27. Wiener Wechsel 167, 50. Böhmische Westbahn 147½. Elisabethbahn 116½. Galizier 157½. Franzosen\* 210½. Lombarden\* 763—. Nordwestbahn 104½. Silberrente 56½. Papierrente 54½. Russ. Bodencredit 84%. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 100%. 1860er Lose 94%. 1864er Lose —. Kreditaktien\* 108½. Destr. Nationalbank 671, 00. Darmst. Bank 101—. Berliner Bantverein 84—. Frankfurter Wechselbank 77%. Dest. Bank 90%. Meiningen Bank 76%. Hess. Ludwigsbahn 99—. Oberhessen 72½. Umg. Staatslose 138, 00

\*) per medio resp. per ultimo.

Ung. Schatzanw. alt 81¾. do. do. neue 77¾. do. Ostb.-Obl. II. 56½. Centr.-Pacific 92—. Reichsbank 152%.

Nach Schluf der Börse: Kreditaktien 108½, Franzosen 210½, Lombarden 61¼. 1860er Lose —.

Wien 2. Juni. Schwankend bei geringem Verkehr, Renten schwächer, Deviisen steif, Bahnen vernachlässigt.

[Schlußfurse.] Papierrente 65, 00. Silberrente 68, 25. 1854er Lose 105, 50. Nationalbank —. Nordbahn 1810. Kreditaktien 132, 00. Franzosen 251, 25. Galizier 189, 50. Kasch.-Oderb. 86, 50. Barbuditer —. Nordwestb. 126, 50. Nordwestb. Lit. B. —. London 122, 25. Hamburg 59, 30. Paris 48, 25. Frankfurt 59, 30. Amsterdam 100, 60. Böhmis. Westbahn —. Kreditaktien 155, 50. 1860er Lose 106, 20. Lomb. Eisenb. 76, 20. 1864er Lose 128, 20. Unionbank 56, 25. Anglo-Austr. 63, 70. Napoleon 9, 69—. Dukaten 5, 77—. Silbercoup. 103, 00. Elisabethbahn 139, 00. Ungar. Präml. 68, 00. D. Reichsb. 59, 70.

Türkisch Lose 17, 75.

Nachbörse: Kreditaktien 132, 80. Franzosen 253, 00. Lombarden 78, 00. Nordwestbahn 125, 25. Napoleon 9, 66½.

Paris. 2. Juni. Ruhig gefärbtlos. Liquidation ziemlich leicht.

mäßige Report: Für Italiener 0, 05. Depot für Lombarden 0, 25, für Türken 0, 02.

[Schlußfurse.] 3proz. Rente 67, 57½. Anleihe de 1872 104, 57½. Italienische 5 p.c. Rente 71, 50. do. Tabakobligationen —. Franzosen 532, 50. Lombard. Eisenbahn-Akt. 157, 50. do. Prioritäten 230, 00. Türk. de 1865 12, 70—. do. de 1869 75, 00. Türk. Wechsel —.

Crédit mobilier 145. Spanier extér. 13—. do. intér. 12½. Suezkanal-Aktien 685. Banque ottomane 348. Société générale 515. Egypte 176. Credit foncier 647. Wechsel auf London 25, 25.

Paris. 1. Juni. Boulevard-Berlehr. Anleihe de 1872 104, 32½. Türk. de 1865 12, 85. Egypte 173, 00. Spanier extér. 13½. Banque ottomane 351, 25.

London. 2. Juni. Nachm. 4 Uhr. Konfols 93%. Italien.

5proz. Rente 70%. Lombarden 6½%. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 8½%. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue —. 5proz. Russen de 1871 92—. 5proz. Russen de 1872 91½. Silber 52—. Türk. Anleihe de 1863 12½%. 5proz. Türk. de 1869 13—. 5proz. Vereinigt. St. pr. 1885 104%. do. 5proz. fund. 105%. Österreich. Silberrente —. Österreich. Papierrente —. 6proz. ung. Schatzbonds 79½. 6proz. ungarische Schatzbonds II. Emitt. 77—. 5proz. Peruana 18%. Spanier 13%.

Frankfurt. 2. Juni. Nachm. 4 Uhr. Konfols 93%. Italien.

5proz. R

## Produkten-Börse.

**Berlin.** 2. Juni. Wind: W. Barometer: 28,2. Thermometer: + 15° R. Witterung: bedeckt.  
Weizen loko per 1000 Kiloigr. 200—243 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat 214—216 b., Juli-Juli do., Juli-August 216,50—218 b., Sept.-Oktbr. 218,50—219,50 b., — Roggen loko per 1000 Kiloigr. 170—183 nach Dual. gef., russ. u. polnisch 174—176 ab Bahn u. Kabin b., per diesen Monat 168,50—170 b., Juni-Juli 165—166,50 b., Juli-August 164—165,50 b., August-Sept. —, Sept.-Okt. 165—167 b., — Gerste loko per 1000 Kiloigr. 153—183 nach Dual. gef., — Hafer loko per 1000 Kiloigr. 153—198 nach Dual. gef., ost. u. westw. 176—190, russ. 170—190, schwed. 190—195, pomm. u. mechl. 190—195 ab Bahn b., per diesen Monat 174,50—175 b., Juni-Juli 173—175,50 b., Juli-August 166,50—168 b., Sept.-Okt. 160,50—162 b., — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 193—225 nach Dual., Futterware 180—192 nach Dual. — Leinöl loko per 100 Kiloigr. ohne Fäss — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fäss 65,50 b., mit Fäss per diesen Monat 65,8—66,3 b., Juni-Juli 65,8—66 b., Juli-August 66 b., Sept.-Okt. 66 66,4 b., Okt.-Nov. —. — Petroleum (Standard wärte) per 100 Kiloigr. mit Fäss loko 27,5 b., per diesen Monat —, Sept.-Oktbr. —, Okt.-Nov. 26 B. — Spiritus per 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Fäss 53 b., ab Speicher 52,8 b., per diesen Monat —, loko mit Fäss per diesen Monat 52,8—53,5 b., Juni-Juli do., Juli-August 53,4—54 b., August-Sept. 53,9—54,3 b., Sept.-Oktbr. 53,7—54,1 b., Okt.-Nov. 52,9—53,2 b., — Meli. Weizenmehl Nr. 0 30—29, Nr. 0 u. 1 27,50—26, 50 Mlt. — Roggengemehl Nr. 0 25,50—24,50, Nr. 0 u. 1 23—21,50 per 100 Kiloigr. Brutto in fl. Sac, per diesen Monat 23,80 b., Juni-Juli 23,30—23,40 b., Juli-August do., Aug.-Septbr. do., Sept.-Okt. do. (B. u. H.-S.)

**Berlin.** 2. Juni. Die Meldungen der freunden Plätze hatten überwiegend matt gelautet, und auch hier eröffnete der Verkehr gegen gestern mäßig herabgezogen, um sofort unter den Blanco-Ablagen der Basse-Partei weiter nachzugeben. Die Situation selbst erscheint wenig verändert; doch die Meldungen aus London wurden in hohem Grade beunruhigend angegeben, und zwar um so mehr als auch die Wiener Notirungen eine ungünstigere Meinung über die Lage anzudeuten schienen. Dabei waren die Umsätze außerordentlich geringfügig. Nur in Kreditaktien und Lombarden, welche recht flau erschienen, in österreich. Renten und Looien, Diskonto-Kommandit-Antheil und Rheinisch-Westfälischen Bahnen fand einiger Verkehr statt. Außerdem zog der Prioritäten-Markt die Kauflust einzelner Kapitalisten an;

## Fonds- u. Aktien-Börse.

**Berlin.** den 2. Juni 1876.

### Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,75 b.	Pomm. III. r. 100,5	100,50 b.
Staats-Anleihe	4	99,75 b.	Pr. B.-G.-Br. fd. 5	100,00 G.
Staats-Schildsch.	3½	94,25 b.	do. unk. rüdz. 110,5	103,30 b. G.
Kur. u. Am. Sch.	3½	91,60 b.	do. do. 100,5	101 b. G.
Ob.-Deichh.-Obl.	4	101,25 b.	Pr. Hyp.-A.-B. 120 4½	100,30 b. G.
Stadt-Stadt-Obl.	4	102,75 b.	do. unk. rüdz. 110,5	107,75 G.
do. do.	3½	93,25 b.	do. (1872 u. 74) 4½	98,50 b.
Köln. Stadt-Anl.	4	102,00 b.	do. (1872 u. 73) 4½	101,50 b.
Rheinprovinz do.	4	102,25 B.	(1874) 5	101,50 b.
Schld. d. B.-Kfm.	5	100,60 G.	Pr. Hyp.-A.-B. 120 4½	99,00 b. G.
Pfandbriefe:			do. do.	5 100,20 b. G.
Berliner	4½	102,00 b.	Dessauer Creditbank	4 10,60 G. 69,40
do.	5	106,90 b.	do. Landesbank	4 114,00 b. B.
Kandsch. Central	4	96,15 b.	Deutsche Bank	4 80,70 b.
Kur. u. Neumärk.	3½	85,75 G.	do. Genossensch.	4 86,60 b. 90b. G.
do. neue	3½	85,20 b.	do. Hyp.-Bank	4 92, B.
do.	4	95,50 G.	do. Reichsbank	fr. 152,25 b.
St. Brandbg. Cred.	4	103 G.	do. Unionbank	4 77,00 b. G.
Ostpreußische	3½	85,90 G.	Disconto-Comm.	4 106,50 B.
do.	4	96,00 B.	do. Prov.-Discont.	4 81,20 b. G.
Pommersche	3½	84,75 b.	Geraer Ban.	4 80,00 G.
do.	4	95,90 b.	do. Creditbank	4 54,50 b.
Posenche, neue	4	103,25 b.	Gew. B. & Schuster	4 9,50 b. B.
Sächsische	4	95,50 G.	Gothaer Privatbank	4 85,75 B.
Schlesische	3½	86, B.	do. Grundreditk.	4 106,90 G.
do. alte A. u. C.	4	86	Hypoth. (Hübner)	4 127,25 B.
do. A. u. C.	4	86	Königl. Vereinsbank	4 82,00 G.
Westpr. ritterisch.	3½	84,75 G.	Leipziger Creditbank	4 108,00 B.
do.	4	96,00 G.	do. Discontbank	4 69,50 B.
do.	4½	101,60 b.	do. Vereinsbank	4 83,50 G.
do. II. Serie	5	107,00 b. G.	do. Wechselbank	4 68,75 G.
do. neue	4	97,75 G.	Magdeb. Privatbank	4 104,00 B.
do.	4½	101,40 b. G.	Mecklenb. Bodencredit	4 75,00 b. G.
Rentenbriefe:			do. Hypoth. Bank	4 67,00 G.
Kur. u. Neumärk.	4	98,30 b. G.	Meiningen Creditbank	4 76,75 b. G.
Pommersche	4	97,75 b.	Niederschles. Hypotheken	4 99,00 b. B.
do.	4	96,90 b. G.	Niederlausitz. Bank	4 83,50 G.
Posensche, neue	4	95,00 b. B.	Norddeutsche Bank	4 126, G.
Sächsische	4	95,50 G.	Nordd. Grundredit	4 99,00 B.
Schlesische	3½	86	Oeffter. Credit	4 128,25 b.
do. alte A. u. C.	4	86	do. Deutsche Bank	4 90,50 G.
do. A. u. C.	4	86	Ostdeut. Bank	fr. 87,00 G.
Westpr. ritterisch.	3½	84,75 G.	Pomm. Centralbahn	fr. 30, B.
do.	4	96,00 G.	Posen. Spritration	4 98,00 B.
do.	4½	101,60 b.	Petersb. Discontbank	4 98,00 B.
do. II. Serie	5	107,00 b. G.	Petersb. Intern. Bank	4 95,00 G.
do. neue	4	97,75 G.	Pofen. Landwirtsh.	4 61,00 b. B.
do.	4½	101,40 b. G.	Pozen. Prov. Bank	4 98,70 B.
Rentenbriefe:			Pretsch. Bank-Ant.	4 97,50 b. G.
Kur. u. Neumärk.	4	98,30 b. G.	Pretsch. Boden-Credit	4 82,50 G.
Pommersche	4	97,75 b.	Pretsch. Centralboden	4 92,25 G.
do.	4	96,90 b. G.	Pretsch. Creditbank	4 83,10 b. G.
Posensche, neue	4	95,00 b. B.	Pretsch. Handelsbank	4 83,10 b. G.
Sächsische	4	95,50 G.	Pretsch. Gewerbebank	4 44,00 b. B.
Schlesische	3½	86, B.	Rittersch. Privatbank	4 125,75 b.
do. alte A. u. C.	4	86	Petersb. Intern. Bank	4 98,00 B.
do. A. u. C.	4	86	Pretsch. Kreditbank	4 120,40 b.
Westpr. ritterisch.	3½	84,75 G.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 14,00 b. G.
do.	4	96,00 G.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 15,50 b. G.
do.	4½	101,60 b.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 16,75 b.
do. II. Serie	5	107,00 b. G.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 17,25 b.
do. neue	4	97,75 G.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 17,75 b.
do.	4½	101,40 b. G.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 18,25 b.
Rentenbriefe:			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 18,75 b.
Kur. u. Neumärk.	4	98,30 b. G.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 19,25 b.
Pommersche	4	97,75 b.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 19,75 b.
do.	4	96,90 b. G.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 20,25 b.
Posensche	4	97,75 b.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 20,75 b.
Vestpr. ritterisch.	4	97,00 B.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 21,25 b.
do.	4	97,25 b.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 21,75 b.
Kur. u. Westfäl.	4	98,70 B.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 22,25 b.
Sächsische	4	98,70 B.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 22,75 b.
Schlesische	4	97,50 b.	Pretsch. Stahl u. Eisen	4 23,25 b.
Souvereigns			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 23,75 b.
Napoleonsdor			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 24,25 b.
do. 500 Gr.			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 24,75 b.
Dollars			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 25,25 b.
Imperialis			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 25,75 b.
do. 500 Gr.			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 26,25 b.
Gremde Banknot.			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 26,75 b.
do. einköd. Leipzig.			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 27,25 b.
Franzö. Banknot.			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 27,75 b.
Oeffter. Banknot.			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 28,25 b.
do. Silbergulden			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 28,75 b.
do. ¼ Stücke			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 29,25 b.
Russ. Noten			Pretsch. Stahl u. Eisen	4 29,75 b.

### Wechsel-Course.

Deutsche Fonds.	Amsterd. 100 fl. 8 L.
	do. 109 fl. 1 M.
	London 1 Estr. 8 L.
	do. do. 3 M.
	Paris 100 Fr. 8 L.
	Blg. Bkl. 100 fl. 8 L.
	do. do. 100 fl. 2M.
	Bresl. 20th. 8 L.
	Brem. Anl. v. 1874 4½
	101,90 B.
	Görl. Md. Pr. 100 fl. 3½
	105,50 b.
	Do. Pr. v. 1874 4½
	118,75 b.
	do. 35fl. Obligat. —
	135,00 b.
	Bair. Präm. Anl. 4
	121,40 B.
	Bresl. 20th. 8 L.
	82,50 b.
	Brem. Anl. v. 1874 4½
	101,90 B.
	Görl. Md. Pr. 100 fl. 3½
	105,50 b.
	Do. Pr. v. 1874 4½
	116,00 B.
	Bair. Präm. Anl. 4
	109,50 b.
	do. 11. Abth. 5
	107, b.
	Pr. V. v. 1866 3
	171,50 b.
	Bünder. Pr. v. 1866 3
	170,75 B.
	Metall. Eisenb. 3½
	89,75 b.
	Steiner. Ritter. 3½
	102,20 B.
	do. Pr. Pfdbr. 4
	102,20 B.
	Goth. Pr. Pfdbr. 109,50 b.
	103, b. B.
	do. do. 4½
	96,25 b.
	Do. Hypoth. unf. 5
	101,00 b.
	do. do. 4½
	95,75 b.
	Stein. Hyp.-Pfd. 5
	100,40